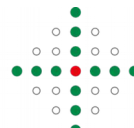




Entwicklungspolitisches
Netzwerk Sachsen e.V.



Evangelisch-Lutherische
Landeskirche Sachsens



EINE KAMPAGNE FÜR EINEN FAIREN EINKAUF UNSERER KOMMUNEN

In Kooperation mit



Landesverband Sachsen



Bericht vom Fachdialog: sozial verantwortliche Beschaffung am 14.11.2017 in Dresden

Vergaberecht kann mehr – Sachsen übernimmt Verantwortung

2015 haben die Staaten der Welt die globalen Nachhaltigkeitsziele verabschiedet: die SDGs (Sustainable Development Goals) verpflichten alle Länder der nachhaltigen Entwicklung durch die Agenda 2030. Ziel Nummer 12 lautet: Verantwortungsvoller Konsum und Produktion – konkret: In der öffentlichen Beschaffung nachhaltige Verfahren fördern, im Einklang mit den nationalen Politiken und Prioritäten.

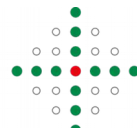
Der Bundesgesetzgeber hat mit dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkung (GWB) und der Unterschwellenvergabeordnung (UVgO) hier erste Schritte eingeleitet und nachhaltige Kriterien als Grundlage für öffentliche Ausschreibungen ermöglicht. 9 von 16 Bundesländern haben die Berücksichtigung der ILO-Kernarbeitsnormen in ihren Landesvergabegesetzen verankert, 14 von 16 Bundesländern Tariftreue- bzw. Mindestlohnregelungen. Und Sachsen?

Im November vergangenen Jahres lud die Allianz SACHSEN KAUFFAIR in Kooperation mit dem Landesfrauenrat Sachsen e.V. und dem Landesverband Sachsen des Deutschen Juristinnenbunds zu einem Fachdialog: sozial verantwortliche Beschaffung in den BusinessPark Dresden ein. Gekommen waren Mitarbeiter*innen kommunaler und staatlicher Verwaltungen, Vertreter*innen von Ministerien, Stadtrats- und Landtagsabgeordnete ebenso wie zivilgesellschaftlich Engagierte, Fachexpert*innen und Unternehmensvertreter.

Nach der Begrüßung stellte Rudolf Pohl, Referent im Dezernat Umwelt, Ordnung, Sport, die Aktivitäten der Stadt Leipzig im Bereich Beschaffung und kommunale Entwicklungspolitik vor. Um hier konkret tätig zu werden, hat die Stadt in Kooperation mit der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) eine Stelle eingerichtet. Herr Pohl verdeutlichte die Notwendigkeit eines deutlicheren rechtlichen Rahmens für sozial verantwortliche Beschaffung.



Entwicklungspolitisches
Netzwerk Sachsen e.V.



Evangelisch-Lutherische
Landeskirche Sachsens



EINE KAMPAGNE FÜR EINEN FAIREN EINKAUF UNSERER KOMMUNEN

Danach folgten zwei Vorträge zu den sozialen Kriterien, die öffentliche Auftraggeber bei der Beschaffung von Waren und Dienstleistungen berücksichtigen können:

- die Arbeitsbedingungen in den Produktionsländern

Christoph Oldenburg, Berater bei der GIZ, stellte zunächst einen Bezug zu den aktuell-politischen Entwicklungen im Rahmen der Agenda 2030 (Sustainable Development Goals) her, um anschließend an einer IT-Beschaffung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) aufzuzeigen wie wir hier einen Beitrag zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen in den Produktionsländern leisten können. Die wichtigsten Fragen bei Beschaffungen und der Verwendung sozialer Kriterien lauten: Was bietet der Markt hier schon, was kann also gefordert werden?

- die Arbeitsbedingungen im Inland

Heiko Glawe, Regionsgeschäftsführer des DGB Berlin, stellte vor, was die Stadt bzw. das Land Berlin sich für Aufträge der öffentlichen Hand vorgenommen hat: z. B. Einfluss auf die Beschäftigungsbedingungen nehmen und prekären Arbeitsbedingungen durch einen vergabespezifischen Mindestlohn entgegen zu wirken.

Unter der Moderation von Prof. Irene Schneider-Böttcher diskutierten nach den Inputs die Referenten mit André Knipfer, Geschäftsführer Natursteinwerk Mittweida, und Johann Varga vom Verband der Nordostdeutschen Textilindustrie die wirtschaftliche Perspektive. Herr Knipfer wies darauf hin, dass es schon eines gesellschaftlichen Konsenses bedarf, um Aufträge regional, aber gegebenenfalls preisintensiver zu vergeben – Kosten-Nutzen-Rechnung müsste hier über den Auftrag hinaus gehen. Herr Varga plädierte für Transparenz, Sicherheit und Einheitlichkeit, was die Nachweise für Produktionsbedingungen angehe; sonst würden kleine und mittelständische Unternehmen überfordert, obwohl sie das Anliegen unterstützen.



Von Links nach rechts: Christoph Oldenburg, Johann Varga, Prof. Irene Schneider-Böttcher, André Knipfer, Heiko Glawe und Rudolf Pohl



Entwicklungspolitisches
Netzwerk Sachsen e.V.



Evangelisch-Lutherische
Landeskirche Sachsens



EINE KAMPAGNE FÜR EINEN FAIREN EINKAUF UNSERER KOMMUNEN

Im Anschluss öffnete sich die Diskussion für das Publikum und es wurden rege verschiedene Aspekte und Fragen angesprochen und zum Teil Lösungen diskutiert:

- Wie können kleinere Verwaltungen immer umfangreicheren Ansprüchen in der Vergabe gerecht werden?
 - Eine Lösung bestünde in der (erneuten) Zentralisierung und Professionalisierung von heutzutage dezentralisierter Beschaffung/Vergabe.
 - Es sind die kleineren Kommunen, die in Sachen Nachhaltigkeit voran gegangen sind.
- Wie sollte aus Unternehmenssicht ein Vergabegesetz gestaltet werden, um durch die Auftragsvergabe die regionale Wirtschaft zu stärken?
 - Das Bewertungsschema sollte sich so aufteilen, dass neben dem Preis und der Qualität auch Umwelt- und Sozialstandards mit mindestens 30% zum Zuge kommen.
 - Es lässt sich beobachten, dass dort, wo Sozialstandards wie Tariflöhne in Kraft gesetzt worden sind, auch wieder mehr Bieter sich an Ausschreibungen beteiligen
- In Sachsen gebe es keinen gesellschaftlichen Konsens für nachhaltige Vergabe:
 - Man müsse die Perspektiven kleiner Gemeinden und kleinster Unternehmen mit einbeziehen, um einen gesetzlichen Rahmen zu schaffen, der für alle gleich sei.
 - So könnten mehrere Fliegen mit einer Klappe geschlagen werden, da öffentliche Aufträge so zu einer Art des Wirtschaftens beitragen würden, die allen zugutekomme.
- Zusätzliche Bürokratie (Nachweise und Prüfung) erzeuge Kosten und müsse dementsprechend auch zusätzlich bezahlt werden. Aber es würde helfen, wenn es in allen Bundesländern einheitliche Regeln zur Vergabe und daneben auch ein vereinfachtes Nachweissystem gäbe.
- Bietet Digitalisierung eine Chance?
 - Ja, aber auch hier bedarf es eines einheitlichen Systems! Und nicht wie derzeit, dass es vorkommt, dass Bieter für die eVergabe-Plattformen je Auftraggeber ein anderes Betriebssystem brauchen.
- Präqualifizierung sei ein Instrument, das zur Nachweisführung der Einhaltung von Sozialstandards ausgebaut werden könne.

Am Ende schloss Frau Prof. Schneider-Böttcher mit den Worten, dass es weiterhin eine breite gesellschaftliche Diskussion zum Thema brauche um die Frage: nicht ob, sondern

wie bekommen wir nachhaltige Auftragsvergabe hin?

